

10.06.2018

## **Straßenbeiträge**

Im Vorfeld der abschließenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstagabend in der Klosterberghalle haben die Langenselbolder Freien Wähler (FW) ihre Vorgehensweise für den Nachtragshaushalt abgesteckt. Ziel dabei bleibt, die vom Magistrat vorgeschlagenen Anhebungen der Hebesätze deutlich zu reduzieren. So werden die Freien Wähler dafür plädieren, die von der Verwaltung vorgesehene Neueinstellungen von zwei Mitarbeitern im Bauhof und die 2,5 Stellen bei der Ordnungspolizei bis auf weiteres zurückzustellen. Dadurch ließe sich eine Einsparung von jährlich 240 000 Euro erreichen. „Für den Bauhof mag das schmerzhaft sein“, meint die FW-Fraktionsvorsitzende Christiane Kapp, „aber in Zeiten der Not sollten wir den Stellenplan, wenn überhaupt, so wenig wie möglich ausweiten.“ So findet lediglich die ebenfalls vorgesehene zusätzliche Stelle bei der Feuerwehr die Billigung der Wählergemeinschaft. Schließlich sei die Feuerwehr im Verbund mit den Wehren aus anderen Orten des Main-Kinzig-Kreises, aus dem Langenselbold nicht ausscheren sollte.

Dagegen wird die von der CDU ins Spiel gebrachte Erhöhung des Planansatzes bei der Einkommenssteuer um 600 000 Euro rundweg abgelehnt. Die Freien Wähler schließen sich hier den Aussagen des Kämmers und des Ersten Stadtrates an, die beide in der ersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vor den Risiken eines solchen Ansatzes und vor einer möglichen Luftbuchung gewarnt hatten. Auch die Vorschläge der FDP zu Reduzierung der freiwilligen Leistungen finden bei den Freien Wählern kein Gehör. „Wir werden uns hüten bei den Zuschüssen für Vereine oder bei anderen freiwilligen Leistungen den Sparstift anzusetzen“, bekräftigt der FW-Abgeordnete Mike Mutterlose. „Auch Einrichtungen wie der Kinzigsee, das Schwimmbad oder der öffentliche Personennahverkehr sind für uns absolute Tabus.“

Keinesfalls werden die Freien Wähler ihre Zustimmung zu einer Anhebung der Grundsteuern geben. „Eine Erhöhung der Grundsteuern, um die Gewerbesteuerrückzahlung an Thermo Fisher zu kompensieren, ist für uns undenkbar. Wir halten es für nicht nachvollziehbar“, so die deutliche Ansage der Fraktionsvorsitzenden Christiane Kapp, „dass auf der einen Seite die Gewinne von Thermo Fisher von Jahr zu Jahr steigen, auf der anderen Seite die Firma die Gewerbesteuer zurückbekommt und noch zusätzlich 100 Arbeitsplätze aus Langenselbold weg in ein Billiglohnland verlagern will. Wir können hier vor Ort die deutsche Steuergesetzgebung nicht ändern. Aber die Stadtverordnetenversammlung kann verhindern, dass die Langenselbolder Bürger finanziell dafür einstehen müssen, dass die Firma Thermo Fisher internationale Steuerberater und Wirtschaftsprüfer beschäftigen und Gewinne ins Ausland verlagern kann.“

Die Freien Wähler werden deshalb vorschlagen für die Grundsteuern A und B und für die Gewerbesteuer einen einheitlichen und gleich hohen Hebesatz zu beschließen. Für die Wählergemeinschaft ist dies ein Gebot der Fairness. In einer Notsituation müssten alle Schultern die gleichen Lasten tragen. Wie Christiane Kapp und Mike Mutterlose ausführen, ist die Höhe eines einheitlichen Hebesatzes erst abschließend bezifferbar, wenn alle möglichen Haushaltsveränderungen abgesegnet und der Haushalt als Gesamtpaket geschnürt ist. „Möglicherweise könnte der Satz sogar unter den 550 Punkten liegen, die

derzeit für die Grundsteuern verlangt werden. Natürlich wissen wir, dass wir mit diesem Vorschlag bei der Koalition aus CDU und SPD auf keine Gegenliebe stoßen werden, aber es ist uns wichtig aufzuzeigen, dass die von den beiden Parteien vorgesehene Grundsteuererhöhung alles andere als alternativlos ist.

Jürgen Heim  
Pressedienst der FREIE WÄHLER Langenselbold